



Unterfinanzierung der Polizei muss endlich beendet werden!

Der Aufschrei war groß, als Mitte Mai die ersten Eckdaten der neuen Steuerschätzung bekannt geworden sind. Der lang anhaltende Aufschwung käme zum Ende. Bund, Länder und Kommunen müssten in Zukunft mit deutlich weniger Steuern auskommen. Bereits angekündigte Investitionen in die lange vernachlässigte Infrastruktur und der Wiederaufbau des nicht nur bei der Polizei radikal abgebauten Personals müssten erneut verschoben werden – darin waren sich die meisten Kommentatoren schnell einig. Jetzt liegen die konkreten Zahlen auf dem Tisch. Sie zeigen: Auch in den nächsten Jahren wachsen die Steuereinnahmen weiter kräftig. Um 50 Milliarden Euro bis 2023 alleine bei den Ländern. Die GdP fordert, dass von den wachsenden Steuereinnahmen auch die Polizei profitiert. Durch mehr Investitionen in die längst sanierungsbedürftigen Wachen, durch eine deutliche Aufstockung der Finanzmittel für die überfällige Digitalisierung der Polizei und durch eine nachhaltige Erhöhung des Personaletats.

Auch in NRW sprudeln die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren kräftig. Sie wachsen von 60,92 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 72,38 Milliarden Euro im Jahr 2023. Das geht aus dem Bericht zu den Auswirkungen der jüngsten Steuerschätzung auf den Landeshaushalt hervor, den Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) Anfang

Juni auf Bitte der SPD-Fraktion dem Landtag vorgelegt hat. Das Geld für die notwendigen Investitionen ist also da.

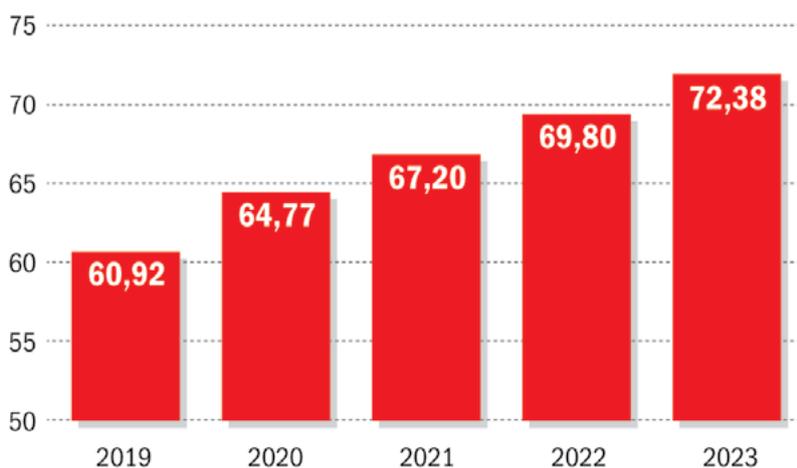
Dennoch hatten sich auch in NRW erste Hinweise verdichtet, dass die schwarz-gelbe Landesregierung das erst Anfang dieses Jahres angekündigte Investitionsprogramm von 680 Millionen Euro für marode Polizeigebäude wieder reduzieren könnte. Auch drin-

Um möglichen Kürzungsplänen vorzubeugen, hat die GdP Ende Mai Innenminister Herbert Reul (CDU) in einem Brief aufgefordert, das angekündigte Investitionsprogramm für die in die Jahre gekommenen Polizeigebäude und die vielerorts notwendigen Neubauprojekte unverändert fortzusetzen. Diesen Ball hat kurz darauf die Fraktion der Grünen aufgenommen und in einer Landtagsanfrage nachgefragt, ob die Investitionen in die Infrastruktur gefährdet sind. In der Innenausschusssitzung am 6. Juni ist Innenminister Reul dieser Befürchtung entgegengetreten. In dem schriftlichen Bericht an die Ausschussmitglieder weist er darauf hin, dass der tatsächliche Finanzbedarf für die Sanierung und Modernisierung der Polizeigebäude sogar noch deutlich höher ist, als das der bislang vorgesehene Finanzrahmen von 680 Millionen Euro vermuten lässt. Wörtlich heißt es im Bericht des Innenministers: „Wegen der zahlreichen Berichte der Behörden zeichnet sich heute schon ab, dass die vom Landtag bislang bereitgestellten Mittel nicht ansatzweise ausreichen werden, um alle Maßnahmen in der gebotenen Weise angehen und abarbeiten zu können.“ Der Landtag müsse deshalb zeitnah in erheblichem Umfang weitere Mittel bereitstellen.

Für die GdP ist das kein klares Signal zur Stärkung der Polizei. Die GdP

12 Milliarden Euro mehr

Entwicklung der Steuereinnahmen in NRW bis 2023 (in Mrd. Euro)



Quelle: Finanzministerium NRW, Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2019 auf den Landeshaushalt



Gewerkschaft der Polizei NRW

Auch nach der neuesten Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen des Landes bis 2023 von 60,9 Milliarden Euro auf 72,4 Milliarden Euro. Das sind fast 20 Prozent mehr.

gend erforderliche Investitionen in die technische Ausrüstung der Polizei gerieten in den Fokus möglicher Sparüberlegungen. Das betrifft zum Beispiel die Mittel für die flächendeckende Ausstattung der Polizei mit Tasern und Bodycams. Bei beiden Projekten hält sich das Innenministerium auffällig zurück. Einen offiziellen Zeitplan, wann der Taser und die Bodycam eingeführt werden sollen, gibt es bislang nicht.

richt des Innenministers: „Wegen der zahlreichen Berichte der Behörden zeichnet sich heute schon ab, dass die vom Landtag bislang bereitgestellten Mittel nicht ansatzweise ausreichen werden, um alle Maßnahmen in der gebotenen Weise angehen und abarbeiten zu können.“ Der Landtag müsse deshalb zeitnah in erheblichem Umfang weitere Mittel bereitstellen.

Für die GdP ist das kein klares Signal zur Stärkung der Polizei. Die GdP



wünscht sich die gleiche Klarheit auch bei der Verbesserung der Ausrüstung, insbesondere mit Blick auf die angekündigte, bislang aber nicht in Angriff genommene Ausstattung mit Bodycam und Taser und bei der Digitalisierung. Dringender Handlungsbedarf besteht zudem bei der Anpassung des Perso-

naletats der Polizei an die tatsächlichen Anforderungen. Dass Polizisten trotz der Übernahme wichtiger Aufgaben nicht befördert werden können, nur weil ein fast dreißig Jahre alter Deckungsbeschluss das verhindert, ist nicht länger hinnehmbar. Dass den Tarifbeschäftigten nur deshalb eine Höher-

gruppierung verweigert wird, weil der Finanzminister den Personaletat der Behörden nicht um die letzte Tarifierhöhung aufgestockt hat, ist ein Skandal. Nirgendwo sonst müssen die Tarifbeschäftigten ihre Tarifierhöhung selber bezahlen. Beide Zumutungen müssen umgehend beendet werden.

Wann, wenn nicht jetzt?



3,4 Milliarden Euro umfasst der Polizeietat des Landes NRW. 151 Millionen davon sind in diesem Jahr hinzugekommen. Nicht viel, wenn man bedenkt, dass das Land alleine in diesem Jahr fast 61 Milliarden Euro an Steuern einnehmen wird. Im kommenden Jahr sollen es sogar 64,8 Milliarden Euro sein. Das sind 3,8 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr, und damit mehr, als der gesamte Polizeietat des Landes NRW ausmacht.

Sicher: Auch in anderen Bereichen hat der Staat enormen Nachholbedarf. Bei den Kindergärten und Schulen, in der Pflege und in der Infrastruktur. Überall fehlt das Geld. Überall rächt sich jetzt, dass der Staat in den letzten Jahrzehnten nahezu flächendeckend kaputtgespart worden ist. Trotzdem ist die Frage berechtigt: Wie viel ist uns die innere Sicherheit, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen eigentlich wert?

Dass die schwarz-gelbe Landesregierung in den zwei Jahren seit ihrem Regierungsantritt Ende Juni 2017 viel auf den Weg gebracht hat, ist bekannt. Vom neuen Polizeigesetz bis zur Erhöhung der Einstellungszahlen. Aber bei der finanziellen Ausstattung der Polizei ist noch viel Luft nach oben. Damit die Polizisten endlich die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen – vom Computer bis zur Bodycam. Und auch bei den Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei besteht deutlicher Handlungsbedarf. Bei den Beamten und im Tarifbereich.

Das alles wird der Polizeietat nicht ins Unendliche wachsen lassen. Aber dass die Polizei deutlich unterfinanziert ist, lässt sich nicht länger leugnen. Deshalb wird es Zeit, diesen Fehler endlich zu korrigieren. Daran müssen wir jetzt arbeiten! Auch wenn es noch mehrere Monate dauert, bis die schwarz-gelbe Landesregierung ihren Etatentwurf für 2020 präsentieren wird. Denn hinter den Kulissen arbeiten die führenden Köpfe von CDU und FDP längst daran.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Lagebild Clankriminalität zeigt nur Spitze des Eisbergs

Mehr als 100 000 Angehörige türkisch-arabischer Großfamilien leben in NRW. Alleine in Essen gibt es nach Schätzungen von Experten zwischen 12 000 und 15 000 Mitglieder der verschiedenen, zum Teil untereinander verfeindeten Familienclans. Genaue Zahlen hat niemand, weil der Großteil der Clanmitglieder schon vor mehr als 30 Jahren als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen ist. Ihre Kinder sind hier geboren, viele sind inzwischen sogar deutsche Staatsbürger. Für die Polizei sind die Familienclans trotzdem ein Problem.

Viele Clanmitglieder sind schlecht integriert. Sie leben nach eigenen Regeln und Gesetzen. Die Ehre der Familie gilt für sie mehr als der deutsche Rechtsstaat. Etliche Clanmitglieder finanzieren zudem ihren Lebensunterhalt über Kriminalität und terrorisieren ganz Stadtteile. Um das zu ändern, hatte die schwarz-gelbe Landesregierung bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, die Clankriminalität in NRW

stärker in den Blick zu nehmen. Jetzt hat das LKA ein erstes Lagebild erstellt.

Die Mitglieder der Familienclans würden „durch aggressives Auftreten, Ordnungsstörungen und Straftaten die Bevölkerung einschüchtern und versuchen, bestimmte regionale Räume für sich zu reklamieren“, heißt es in dem Bericht. Einsatzkräfte würden von „offener Feindseligkeit, hoher, unmit-

telbar geäußelter Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewaltaktionen“ empfangen, um „behördliche Maßnahmen zu beeinflussen und zu unterbinden“. Die Clanmitglieder seien durch eine kommunikative, deeskalierende Einsatzstrategie nicht zu erreichen.

Das Lagebild bestätigt Erkenntnisse von Experten wie dem früheren Landesvorsitzenden der GdP und heutigen Essener Polizeipräsidenten.



denten Frank Richter, der schon lange gewarnt hat, dass die Polizei und die Gesellschaft vor den Clans nicht kapitulieren dürfen. In Essen hat die Polizei eine eigene BAO zur Bekämpfung der Clankriminalität eingesetzt. Dort arbeiten Polizisten, Steuerfahnder, Experten des Zolls und der verschiedenen Aufsichts- und Sozialbehörden der Stadt eng zusammen, vom Ordnungs- über das Gesundheits- bis zum Sozialamt. Das Ziel: Die unterschiedlichen Informationen und die unterschiedlichen Eingriffsrechte der einzelnen Behörden sollen so miteinander vernetzt werden, dass der Staat gegenüber den kriminellen Clans seine Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnt und Straftaten konsequent ahnden kann. Zudem hat das PP Essen dafür gesorgt, dass Polizisten, die von Clanmitgliedern bedroht werden, nicht nur den Rückhalt ihrer Behörde haben, sondern auch sofort einen Rechtsbeistand bekommen, wenn das notwendig ist.

Als Frank Richter sein Konzept Mitte März auf einem Hotline-Seminar der GdP in Duisburg vorgestellt hat, hat er dafür viel Zustimmung bekommen. Die GdP fordert, dass auch andere Behörden die Kernelemente des Essener Clankonzepts übernehmen. Dass gilt nicht nur für die enge Vernetzung aller staatlichen Behörden bei der Bekämpfung der Clankriminalität, sondern auch für den flächendeckenden Rechtsschutz für die Kolleginnen und Kollegen, wenn sie von den kriminellen Clans bedroht werden.

Warum das notwendig ist, zeigt auch das jetzt veröffentlichte Lagebild. Denn schon längst ist die Clankriminalität kein Problem einzelner Großstadtbehörden wie Essen, sondern ein flächendeckendes Problem, das auch in kleineren Landratsbehörden zu beobachten ist, wenn sich dort Teile der kriminellen Clans ansiedeln.

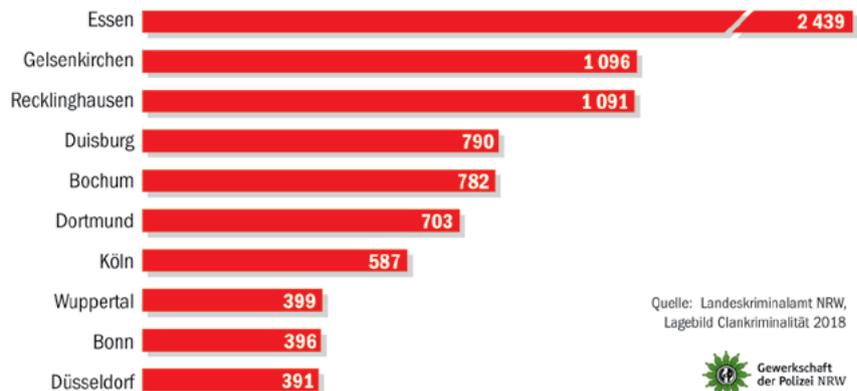
Auch wenn viele Clanmitglieder selber nicht kriminell sind, schützt die Familie die kriminellen Täter in den eigenen Reihen. Experten gehen deshalb davon aus, dass es sich bei den jetzt im Lagebild erfassten mehr als 14 000 Straftaten, die die Polizei in den vergangenen drei Jahren den Clans zugeordnet hat, nur um die Spitze eines Eisbergs handelt. Hinzu kommt, dass den

Clans nicht nur Kleinkriminalität wie der Konsum unverzollten Tabaks vorgeworfen wird, sondern auch Schwerekriminalität. Allein im vergangenen Jahr gehen auf das

Konto der Clans 562 gefährliche Gewaltdelikte, 28 Fälle von schwerem Raub, 8 Brandstiftungen und 12 versuchte oder vollendete Tötungsdelikte.

Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen haben die meisten Probleme

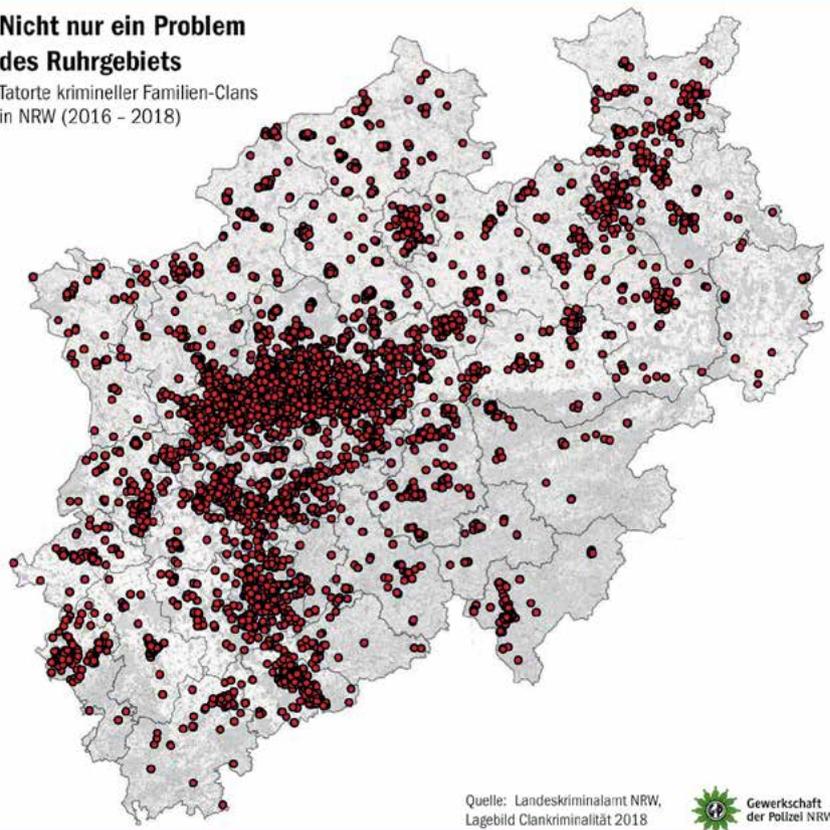
Behörden mir besonders vielen Straftaten krimineller Familien-Clans (2016 - 2018)



Von den 14 225 Straftaten, die die Polizei in den vergangenen drei Jahren kriminellen Clans zuordnen konnte, entfallen 2 439 auf das Polizeipräsidium Essen. Der hohe Anteil liegt auch daran, dass die Polizei in Essen kriminelle Familienclans konsequent verfolgt und auch gegen niederschwellige Rechtsverstöße vorgeht.

Nicht nur ein Problem des Ruhrgebiets

Tatorte krimineller Familien-Clans in NRW (2016 - 2018)



Schwerpunkte der Clankriminalität sind das Ruhrgebiet und die Großstädte entlang der Rheinschiene. Trotzdem gibt es in NRW keine Polizeibehörde, in der es nicht zu Straftaten krimineller Familienclans gekommen ist.



GdP-FORUM FÜR DEN WACH- UND WECHSELDIENST

Gewalt gegen Polizisten: Wie geht es weiter?

In den letzten Jahren wurde viel über Gewalt gegen Polizisten diskutiert. Scheinbar alltägliche Einsätze können blitzschnell zu gefährlichen Widerstandshandlungen führen, vor allem im Wach- und Wechseldienst. Die GdP fordert deshalb bereits seit Jahren, dass die Täter konsequent bestraft werden. Das hat inzwischen auch die Politik erkannt und einen neuen Strafrechtsparagrafen § 114 eingeführt. Aber reicht das, um die zunehmende Gewalt gegen Polizisten und Rettungssanitäter zu verhindern? Dieser Frage geht die GdP am 4. Juli auf einem Forum für die Mitglieder des Wach- und Wechseldienstes in Düsseldorf nach.

Als Referent des eintägigen Forums wird der Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im Polizeipräsidium Düsseldorf, Dietmar Henning, berichten, wie Gewalt gegen Polizisten an besonderen Gefahrenschwerpunkten eingedämmt werden kann, wie zum Beispiel in

der Düsseldorfer Altstadt. Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KNI), Prof. Dr. Thomas Bliesener, wird der Frage nachgehen, welche Erkenntnisse und Empfehlungen aus der 2013 von ihm erstellten NRW-Studie „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen- und beamtete“ bislang umgesetzt worden sind, und was noch zu tun bleibt. Die Leiterin des Sonderdezernats für Gewalt gegen Personen mit öffentlichen Aufgaben bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Britta Zur, wird erläutern, welchen Beitrag Staatsanwälte und Gerichte bei der Verfolgung von Gewalt gegen Polizisten leisten können. Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller und GdP-Vorstandsmitglied Meike to Baben werden zudem der Frage nachgehen, welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, um die Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten, aber auch auf Rettungssanitäter zu reduzie-

ren. Denn deren Zahl ist auch im vergangenen Jahr erneut gestiegen.

Infos und Anmeldung: www.gdp-nrw.de.

Forum Wach- und Wechseldienst

Es reicht! Keine Gewalt gegen Polizisten!



Erholungsstätte für traumatisierte Polizisten eröffnet

Am 3. Juni haben Innenminister Herbert Reul und Diethelm Salomon, der Vorsitzende der Polizeistiftung NRW, in Waldbröl das landesweit erste Erholungsheim für traumatisierte Kolleginnen und Kollegen eröffnet. Auch GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens war bei der Eröffnung dabei.

Die Polizeistiftung hat rund eine Million Euro in die Industrievilla „Waldesruh“ investiert, die in den vergangenen Jahrzehnten als Forsthaus diente. Ausgestattet mit modernen, behindertengerechten Ferienwohnungen sowie einem Fitness- und Wellnessbereich können hier bis zu vier im Einsatz verletzte und traumatisierte Kollegen gemeinsam mit ihren Familien für mehrere Wochen Ruhe finden. Auch Dienstgruppen oder Kollegen, die ähnliche Schicksale teilen,

können sich dort für ein Wochenende treffen. Dass es eine solche Einrichtung längst hätte geben müssen, verdeutlicht ein Blick auf die Zahlen: In den vergangenen 70 Jahren sind in NRW 500 Kolleginnen und Kollegen während der Arbeit verstorben, verunfallt oder wurden so schwer verletzt, dass sie ausscheiden mussten. Bisher mussten die betroffenen Kollegen bis nach Bayern fahren, um sich nach belastenden Einsätzen erholen

zu können. Jetzt gibt es diese Möglichkeit auch in NRW. Für den Aufenthalt im Erholungsheim zahlen die Kollegen nichts, die Kosten übernimmt die Polizeistiftung NRW.



Zusammen mit Herbert Reul (Zweiter von links) eröffnet Diethelm Salomon (ganz links) das landesweit erste Erholungsheim für Polizisten.



Feindbild Polizei nutzt nur den Rechtsextremisten

Immer wieder missbrauchen rechtsextreme Parteien wie die neonazistische Splitterpartei „Die Rechte“ das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, um für ihre demokratiefeindlichen, menschenverachtenden Ziele auf die Straße zu gehen. Bei ihren Auftritten tragen sie Flaggen und Symbole, die an den Nationalsozialismus erinnern, skandieren antisemitische und ausländerfeindliche Parolen und stellen die Demokratie und die Gewaltenteilung in Deutschland in Frage. Verboten ist „Die Rechte“ trotzdem nicht. Denn dazu müsste nicht ihre Ideologie verfassungsfeindlich sein, sondern sie müsste auch groß genug sein, damit von ihr eine unmittelbare Gefahr für den Rechtsstaat ausgeht. Das hat das Bundesverfassungsgericht bei dem in der Öffentlichkeit massiv kritisierten Urteil vom Januar 2017 zu einem möglichen Verbot der NPD entschieden.

Die Polizei bringt diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts regelmäßig in eine schwierige Situation. Sie kann zwar mit Auflagen dafür sorgen, dass die Rechtsextremisten bei ihren Demonstrationen keine NS-Symbole tragen und keine antisemitischen, demokratiefeindlichen Parolen skandieren, aber verbieten kann sie die Demonstration nicht, auch wenn für die Polizisten die Auftritte der NS-Anhänger eine Zumutung sind. Trotzdem wird den Polizisten von linken Kräften immer wieder vorgeworfen, sie würden heimlich mit den Nazis sympathisieren. Wie absurd dieser Vorwurf ist, zeigen zwei aktuelle Vorfälle in Dortmund und in Duisburg.

In Dortmund sind Ende Mai 184 Anhänger der rechtsextremen Partei „Die Rechte“ zu einer Abschlussveranstaltung ihres Europawahlkampfes auf die Straße gegangen. Im Vorfeld der Demonstration hatte die Polizei nicht nur dafür gesorgt, dass der ursprünglich geplante Demonstrationsweg der Rechtsextremisten erheblich verkürzt wurde, sondern auch dafür, dass „Die Rechte“ noch in der Nacht vor der Demonstration zahlreiche antisemitische Plakate entlang des Demoweges abhängen musste. Mit einem Großaufgebot sorgte die Polizei zudem dafür, dass die Gegendemonstranten an zahlreichen Stellen in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremisten gelangen konnten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat das besonnene Vorgehen der Dortmunder Polizei ausdrücklich gelobt, auch wenn die Polizei nicht verhindern konnte, dass bei den Rechtsextremisten ein als Adolf Hitler verkleideter Neonazi mitde-



monstrieren durfte. Zugleich hat die GdP darauf hingewiesen, dass in einem Rechtsstaat die Gerichte über ein mögliches Demonstrationsverbot entscheiden und nicht die Polizei. Vor allem Gruppen aus dem linken und dem linksextremen Spektrum fordern das immer wieder.

Bei einer Demonstration der Partei „Die Rechte“ drei Wochen zuvor in Duisburg ist es über diese Frage sogar zu einem öffentlichen Streit gekommen. Dort war auch die neue Beweissicherungs- und Festnahmeinheit eingesetzt worden, um die Rechtsextremisten und gewaltbereite Linksautonome zu trennen. Der ver.di-Bezirk Niederrhein beklagte sich anschließend öffentlich darüber, die Polizisten hätten eine „schwarze Uniform“ getragen, auf

der eine „weiße Kennzeichnungszahl in einer roten Umrandung“ zu sehen war. Das seien „die Farben des Deutschen Reiches, die die Nazis in der Zeit von 1933 bis 1945 benutzten“, erklärte ver.di.

Für die GdP sind die Vorwürfe unerträglich. „Die Polizei muss schwierige Einsätze bewältigen, gerade bei der Trennung von Rechts- und von Linksextremisten bei Demonstrationen. Aber wer meine Kollegen als Nazis diffamiert, nur weil sie ihre Arbeit machen, verlässt den Boden der Demokratie“, warnte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens gegenüber den Medien. Die GdP erwartet von ver.di, dass sie ihr Verhältnis zum Rechtsstaat klärt und sich öffentlich bei den Polizistinnen und Polizisten für ihre Entgleisung entschuldigt.

JAV-Wahl 2019: GdP wird für gute Arbeit belohnt

Bei der am 6. Juni zu Ende gegangenen Wahl für die Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Polizei (JAV) haben die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP 126 von 131 Sitzen in den elf örtlichen JAV-Gremien der Polizei gewonnen. Gewählt wurde in den zehn Ausbildungsbehörden sowie im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg, da hier mehr als fünf Auszubildende im Tarifbereich beschäftigt sind. In der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Polizei auf Ebene des Innenministeriums (PHJAV) erreichte die GdP 89 Prozent der Stimmen. Damit werden weiterhin alle fünf Sitze in der PHJAV mit GdP-Kandidaten be-

setzt. Neben der allgemeinen Qualitätssicherung in der Ausbildung forderten die GdP-Kandidaten den flächendeckenden Einsatz mobiler Endgeräte, mehr Sportanteile in der Ausbildung, den unkomplizierten Umtausch der Uniform sowie die Anschaffung von CO-Warngeräten als Mannschaftsausstattung. Diese Themen fanden unter den Beschäftigten der Polizei große Zustimmung. Mit Blick auf diese Herausforderungen traten die GdP-Kandidaten unter dem Motto „Gemeinsam stark“ an. „Diese Projekte können wir in den nächsten zwei Jahren nur zusammen realisieren“, erklärt Spitzenkandidatin Marie Christin Horstkamp (22).

Einzigiger Wermutstropfen ist die im Vergleich zur letzten Wahl 2017 von 42,8 auf 33,6 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung. Rund 6200 Kolleginnen und Kollegen waren aufgerufen, die neue JAV und PHJAV zu bestimmen. Wahlberechtigt sind alle Kommissarwärterinnen und -wärter sowie alle Auszubildenden bei der Polizei. Haupt-



Erneut gewinnt die GdP alle fünf Sitze in der PHJAV. Insgesamt erhielten die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten 1731 von 6009 Stimmen. Auf die DPoIG entfielen 216 Stimmen. Anders als 2017 stand der BDK diesmal nicht zur Wahl.

aufgabe der gewählten Vertreter ist die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Dabei arbeiten sie eng mit den Personalräten der Polizei zusammen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der August-Ausgabe
ist der 9. Juli.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

15.7. Franz Düker, Dortmund
22.7. Theresia Schneider, Münster

91. Geburtstag

2.7. Manfred Telian, Wuppertal
3.7. Helga Grigutsch, Wuppertal
4.7. Maria Franz, Dortmund
17.7. Hannelore Fischer, Wuppertal
21.7. Harry Kosuch, Düren
25.7. Adda Kunzmann, Buchloe

92. Geburtstag

2.7. Wolfgang Krisch, Berlin
6.7. Heinz Pangritz, Waltrop
9.7. Erika Stehl, Linnich
17.7. Kaspar Reuter, Köln
29.7. Maria Anna Montag, Bonn

93. Geburtstag

17.7. Margarete Mellwig, Duisburg
22.7. Maria Wilhelmine Monse,
Herten

94. Geburtstag

26.7. Hildegard Skiba, Bottrop
30.7. Horst Loewke, Langenfeld
7.7. Brunhilde Gerbig, Bochum
13.7. Walter Simon, Bochum
16.7. Walter Schorn, Wassenberg
27.7. Herbert Grebenstein, Essen

95. Geburtstag

1.7. Ludwig Reinartz, Stolberg
8.7. Gertrud Jaspers, Krefeld
19.7. Elfriede Weßel, Rheinberg
20.7. Anneliese Link, Mönchengladbach
25.7. Hildegard Ellinghaus, Alfter

96. Geburtstag

8.7. Elisabeth Ahrendt, Duisburg
19.7. Karl Noch, Moers

97. Geburtstag

8.7. Walter Ströse, Dülmen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Urlaub schon gebucht?

Wir haben das richtige Angebot für Sie!

**Buchen Sie jetzt Ihren Sommerurlaub
bei Ihrem GdP-Reiseservice - denn hier
zahlt sich Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

penguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

Erster Austausch mit dem neuen Polizeibeauftragten



Zu einem knapp einstündigen Informationsaustausch hat der neue Polizeibeauftragte des Landes, Thorsten Hoffmann, Anfang Juni den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP in Düsseldorf besucht. Hoffmann war mehr als drei Jahrzehnte als Polizist in NRW aktiv, viele Jahre davon als Ermittler bei der Kriminalpolizei. Von 2015 bis 2017 war er zudem für die CDU Mitglied des Deutschen Bundestags und hat dort dem NSU-Untersuchungsausschuss angehört. Am 1. März wurde Hoffmann von der Landesregierung zum Polizeibeauftragten bestellt. Diese Funktion hat die schwarz-gelbe Landesregierung neu geschaffen.

Zu der Frage, wie er seine Funktion als Polizeibeauftragter ausfüllen will, erinnerte Hoffmann in seinem Gespräch mit der GdP daran, dass sich je-

der Polizeibeschäftigte bei beruflichen Schwierigkeiten wie dem Verdacht auf Mobbing oder Diskriminierung, bei Problemen mit Vorgesetzten und bei belastenden Ereignissen an den Polizeibeauftragten wenden kann. Der Dienstweg muss dabei nicht eingehalten werden. Ihm ginge es vor allem darum, die Fehlerkultur in der Polizei zu verbessern und den Kolleginnen und Kollegen bei der Lösung konkreter Probleme zu helfen. Hoffmann betonte zudem, dass er sein Amt nicht als Konkurrenz zu den Personalräten und den Gewerkschaften sehen würde. Deren Arbeit schätze er ausdrücklich. Sobald sich ein Kollege mit seinem Anliegen bereits an die Personalvertretung oder den Petitionsausschuss des Landtags gewandt habe, könne er sich als der Polizeibeauftragte ohnehin nicht mehr in das Verfahren einschalten.

Auch die GdP stellt sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Polizeibeauftragten ein. Damit er seine Arbeit erfolgreich machen kann, ist nach der Auffassung der GdP allerdings eine gesetzliche Grundlage erforderlich, in der Aufgaben und Rechte des Polizeibeauftragten festgeschrieben werden. Ein Organisationserlass des Innenministeriums reicht dazu nicht aus.

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Juli erhalten einen Tchibo-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 58978, Oberbergischer Kreis
45 04811, BZ Erich Klausener
45 36072, Coesfeld

Im August erhalten die Gewinner einen Decathlon-Gutschein im Wert von 35 Euro.

Familientag 2019

Fantastische Shows, tolle Attraktionen und eine gehörige Portion Action erwarten unsere Mitglieder zum diesjährigen Familientag am 14. Juli im Phantasialand in Brühl.

Zum GdP-Vorteilspreis von 31 Euro, inkl. eines Verzehrgutscheins im Wert von 7 Euro p. P., können unsere Mitglieder mit Familie, Freunden und Kollegen einen unvergesslichen Tag in einem der beliebtesten Freizeitparks Deutschlands verbringen. Für Groß und Klein, Alt und Jung ist auf jeden Fall etwas dabei. Der GdP-Info-Point am Berliner Platz steht den ganzen Tag als Anlaufstelle für Fragen und Informationen zur Verfügung.

Die Coupons für den GdP-Vorteilspreis gibt es bei den Kreisgruppen vor Ort.



GdP aktiv

4. 7., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei, 15:30 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Straße 64, 47051 Duisburg

11. 7., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf, 14:00 Uhr, Zum Forsthaus 16, 40724 Hilden

NACHRUFE

Irma Breunig	11.04.1920	Aachen	Lucie Stellmacher	29.10.1922	Gelsenkirchen
Willi Schäfer	26.11.1924	Bergisches Land	Günter Göres	26.09.1939	Heinsberg
Hans Dieter Schildmann	30.09.1933	Bielefeld	Detlef Albers	24.11.1955	Herford
Friedhelm Rösler	21.12.1936	Bochum	Karl Heinz Gronemeier	07.10.1932	Lippe
Egbert Westhoff	24.08.1953	Bochum	Ingrid Jäger	14.02.1939	LKA
Waldemar Stephan	28.02.1941	Bonn	Hans Franke	18.05.1938	Märkischer Kreis
Ralph Hoff	20.01.1962	Borken	Wolfgang Münch	05.01.1936	Mettmann
Sophie Hermann	15.02.1924	Dortmund	Kurt Weidenbruch	23.10.1924	Mettmann
Alfred Zimmermann	16.04.1934	Dortmund	Christine Kersjes	18.07.1921	Oberhausen
Ralf Heinemann	09.10.1955	Düsseldorf	Inge Schramm	02.07.1927	Oberhausen
Jörg Henschel	07.08.1956	Gelsenkirchen	Ulrich Riddermann	11.09.1947	Recklinghausen
Elisabeth Kühl	19.10.1927	Gelsenkirchen	Roland Schreiber	20.03.1959	Siegen-Wittgenstein
Irmgard Makowski	06.01.1923	Gelsenkirchen			

